

**Rede des Landesvorsitzenden Peter Ritter  
auf der 2. außerordentlichen Tagung des 7. Landesparteitages am 02. November 2002  
in Göhren-Lebbin**

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde, liebe Gäste

die Außerordentliche Tagung hat eine weitere wichtige Aufgabe zu leisten. Es geht um die Debatte und Abstimmung des Koalitionsvertrages mit der SPD.

Eins vorweg:

Allen, die bei der Vorbereitung dieser Arbeit beteiligt waren  
den Arbeitsgemeinschaften und Interessengemeinschaften unserer Partei,  
den Kreisvorsitzenden und Mitgliedern des Landesparteitages,  
den Mitgliedern des Landesvorstandes,  
den ehemaligen und jetzigen Abgeordneten sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der  
PDS-Landtagsfraktion  
und nicht zuletzt der gesamten Verhandlungsgruppe unserer Partei  
möchte ich ganz herzlich danken.

Vor uns liegt ein Koalitionsvertrag, der in schwierigen, manchmal langwierigen  
Verhandlungen zustande gekommen ist.

Wir haben hart verhandelt.

Entstanden ist ein Kompromiss.

Wir beraten heute diesen Kompromiss, der durchaus auch die Handschrift der PDS trägt.

Ich will das an einigen Beispielen belegen.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bleibt unsere wichtigste Herausforderung .  
Deshalb sind wir mit den Sozialdemokraten überein gekommen, Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-  
und Strukturpolitik enger miteinander zu verknüpfen. Natürlich steckt dahinter, dass es  
bislang in der Landesregierung noch etlichen Ressortegoismus gab und gibt. Das muss  
aufhören.

Existenzförderung, insbesondere für Frauen, wird es weiterhin geben.

Erstmalig wird die Konversion dort angesiedelt, wo sie auch hingehört: im

Wirtschaftsministerium – und dies auf Vorschlag der PDS. Sie ist somit kein Anhängsel des  
Innenministers mehr. Wir haben klar gemacht: Konversion **ist** Wirtschaftspolitik. Die  
Leitlinien für Konversion müssen den Bedingungen der alten und neuen Konversion  
angepasst werden. Die von der Landtagsfraktion in Auftrag gegebene Studie bildet dafür  
eine hervorragende Grundlage.

Wir werden das Bündnis für Arbeit weiter machen – mit mehr Initiative der Landesregierung.

In Zeiten knappster und ich sage knappster Kassen haben wir eine **politische** Entscheidung  
getroffen: ASP, das Programm Jugend, Arbeit, Zukunft und das Jugend- und

Schulsozialarbeiterprogramm werden **nicht** dem Rotstift geopfert. Sie werden fortgeführt.  
Und dies auf Forderung der PDS.

Liebe Genossinnen und Genossen,

das sind für mich Beispiele **für wirtschaftliche Kompetenz und soziale Gerechtigkeit.**

Natürlich weiß ich auch, was auf dem Papier steht, ist noch lange nicht in die Tat umgesetzt.  
Das wird schon noch heftig Arbeit kosten.

Aber wir haben hier etwas festgehalten, worum uns andere Bundesländer beneiden.

Und – wir haben uns auf etwas geeinigt, dass bei der CDU - und auch, sollte es jemals dazu  
kommen - bei einer großen Koalition, **zuerst, zuallererst** auf der Streichliste gestanden  
hätte.

Sehen wir weiter, was wir auf dieser Schiene im Vertrag verankern konnten.

In Mecklenburg-Vorpommern wird kein Euro Förderung für Lohndumping verwendet.

Das Programm „55 plus – aktiv in die Rente“ geht weiter und wird durch einen Programmteil  
„50 plus“ untersetzt. Gegenwärtig gibt es deutlich mehr als 900 Teilnehmer in diesem  
Programm.

Besondere Förderung sollen alleinerziehende Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger erhalten.

Mecklenburg-Vorpommern wird **keinem** bundesratspflichtigen Teil des Hartz-Konzeptes zustimmen, aus dem sich Nachteile für Arbeitnehmer, Erwerbslose und Kommunen ergeben. Da es verschiedentlich Irritationen gab, gestattet mir eine Bemerkungen zum Hartz-Konzept: Niemand hat etwas gegen die schnelle Vermittlung von Arbeitssuchenden. Aber: Das Problem des Ostens ist nicht die **Vermittlung** in Arbeit, sondern der **Mangel** an Arbeitsplätzen. In Mecklenburg-Vorpommern wurden im September 162 613 Arbeitslose registriert. Dem gegenüber standen nur sage und schreibe 7459 offene Stellen. Für das kommende Jahr wird – darin besteht das Absurde - die Umsetzung der Hartz-Vorschläge sogar zu einer Steigerung der Arbeitslosigkeit führen, weil die mit der Umsetzung verbundenen Mittel auf Kosten von ABM und SAM gehen sollen.

Weil das so ist und weil man von der Umsetzung der Hartz-Vorschläge keine neuen Arbeitsplätze erwarten kann, haben sich die PDS und SPD auf eine Kommission geeinigt. Ihre Aufgabe besteht darin, neue Ideen in der Arbeitsmarktpolitik aufzugreifen. Jeder Vorschlag, der einen neuen Arbeitsplatz für Mecklenburg-Vorpommern verspricht, wird geprüft.

Darum geht es. Und nicht um die 1:1 Umsetzung des Hartz-Konzeptes!

Auch dies sind Beispiele für soziale Gerechtigkeit.

Ich bin überzeugt, dass wir mit dem Koalitionsvertrag auch eine Menge für

**Chancengleichheit** von Kindern und Jugendlichen getan haben.

Natürlich nenne ich hier das kostenfreie Vorschuljahr. Vier Stunden täglich von Montag bis Freitag, 10 Monate im Jahr sollen die Fünfjährigen beim Spielen lernen können. Wir haben unser Wahlversprechen erfüllt.

Es war nicht leicht, sich hier durchzusetzen, denn – dieses Vorhaben kostet Geld.

Aber jedem dürfte nach den PISA-Ergebnissen klar sein, dass man auch Geld in die Hand nehmen muss, wenn man die Situation im Bildungsbereich verbessern will.

Wir wollten, dass Bildung früher beginnt. Das haben wir erreicht!

Es ist wichtig, dass PDS und SPD die Novellierung des KITA-Gesetzes festgeschrieben haben.

Und da wir beim Verbessern sind: Wir reden nicht nur über die Verbesserung von Qualität an den Schulen in Mecklenburg-Vorpommern. Es wird dazu ein konkretes Programm geben. Ganztagschulen werden gestärkt, wir haben die Forderung nach bedarfsgerechter Unterrichtsversorgung erfolgreich erhoben.

Wir werden das dreigliedrige Schulsystem überwinden, sagt der Vertrag.

Und es wird nicht nur ein Lehrerbildungsgesetz geben,

auch der Nachwuchsgewinnung für den Lehrerberuf wird größere Aufmerksamkeit gewidmet. Die Möglichkeiten des Schulgesetzes, einen Beruf zu erlernen und gleichzeitig das Abitur zu machen – viele von uns haben ja diesen Bildungsweg beschritten – sollen auf unseren Vorschlag hin entscheidend ausgebaut werden.

Dies sind für mich Beispiele für mehr Chancengleichheit, wie sie die PDS seit langem fordert.

Die politische Bildung wird in Mecklenburg-Vorpommern konzentriert.

Einen wichtigen Schwerpunkt bildet für mich dabei, dass vor allem Kinder und Jugendliche intensiver mit deutscher Geschichte bekannt und vertraut gemacht werden. In diesen Zusammenhang stelle ich auch die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Und ich fordere ausdrücklich zur Zivilcourage auf. Das heißt aber auch, dass wir uns gründlicher mit den Formen des Widerstandes auseinandersetzen müssen. Darauf will ich später noch einmal zurück kommen.

Sehr kritisch - und auch das gehört zu den Verhandlungen mit den Sozialdemokraten – sehen wir die Ergebnisse in der Hochschulpolitik. Die SPD hat jegliche verbindliche Fixierungen von Eckdaten, wie z.B. Stellenzahlen oder Investitionskorridor abgelehnt.

Erreicht haben wir hingegen andererseits, dass der Weg der budgetierten Globalhaushalte konsequent weiter geführt wird.

Künftig wird es auch Diplomstudiengänge geben, das Landesforschungsprogramm wird nicht gestoppt und die Studentenwerke erhalten Planungssicherheit durch langfristige Zielvereinbarungen, allerdings ohne Dynamisierung.

Wir werden im Land eine Kulturentwicklungskonzeption erarbeiten, die vielfältige Kultur- und Theaterlandschaft weiter entwickeln und die Kulturwirtschaft stärken. Wir erfüllen damit eine langjährige Forderung der Künstler und Kulturschaffenden des Landes. Das bedeutet aber auch, dass wir uns auf den Hosenboden setzen und unsere Vorstellungen für ein solches Konzept erarbeiten müssen.

Kulturprojekte für junge Leute werden besonders gefördert.

Wir wollen eine Politik der sozialen Gerechtigkeit. Auch dies besagt der Vertrag und gestaltet es aus.

Dazu gehört die Forderung nach einer bedarfsgerechten Grundsicherung auf Bundesebene.

Dazu gehört die Forderung nach einer Gesundheitsreform die das Solidarprinzip in der gesetzlichen Krankenversicherung stützt und allen Menschen erforderliche medizinische Betreuung ermöglicht.

Im Pflegebereich stehen wir künftig vor enormen Herausforderungen. Sei es in der Frage der Pflegeinvestition oder in der des Pflegepersonals. Über das Jahr 2003 hinaus – wenn die Sonderregelungen für die ostdeutschen Bundesländer auslaufen – müssen und werden wir die Rahmenbedingungen für den Bereich der Behinderten- und Pflegeeinrichtungen sichern – ein ganz schwieriges, dornenreiches Feld. Dieses Verhandlungsergebnis nenne ich einen Erfolg – **im Sinne von Chancengleichheit, im Sinne von sozialer Gerechtigkeit!**

Und ich halte es ebenfalls für einen Ausdruck der sozialen Gerechtigkeit, wenn sich eine SPD/PDS-Landesregierung auf Forderung der PDS weiterhin für die Schließung von Gerechtigkeitslücken bei der Rente und für die weitere Angleichung der Ost- an die Westrenten und für einen Stufenplan der Angleichung der Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst bis 2007 einsetzt.

Ein weiterer Schwerpunkt aus unserer Sicht ist die **nachhaltige Entwicklung unseres Bundeslandes**. Auf Vorschlag der PDS wird ein Leitbild Mecklenburg-Vorpommerns erarbeitet. Ressortübergreifend. Zukunftsorientiert. Den Hut hat dabei das

Umweltministerium auf. Denn: Unsere Aufgabe ist es nicht nur, Politik in den nächsten vier Jahren zu machen. Wir müssen auch voraus denken, die Richtung bestimmen, in die Mecklenburg-Vorpommern selbstbewusst gehen kann.

Einer der größten Brocken dieser Legislaturperiode ist die Verwaltungs- und Funktionalreform. Dieser werden wir uns nicht verschließen. Ganz im Gegenteil. Wir wollen diese Reform. Wir werden daran mitarbeiten.

Wir wollen aber auch, dass die Debatte ergebnisoffen geführt wird. Der Innenminister hatte sich das offensichtlich anders gedacht.

Wir haben ihn auf den Boden der Tatsachen zurückgeholt. Ja- ich habe von Vertrauensbruch gesprochen. Wir haben deutlich gemacht, dass wir nicht gewillt sind, eine solche Verfahrensweise zu billigen. Wir haben uns nicht vorführen lassen.

Andererseits wäre aber Eile mit Weile auch nicht gerade gut. Und deshalb legt die Landesregierung für die Verwaltungs- und Funktionalreform ein Eckpunktepapier auf den Tisch. Das wird gründlich diskutiert. Ein Sonderausschuss im Landtag wird dazu beitragen. Im Ergebnis der Reform sollen Aufgaben neu geordnet werden und stärkere Regionalkreise entstehen. Die Ämter sollen leistungsstärker werden.

Im Kern geht es um stärkere Kreise als Selbstverwaltungsorgane und um eine dezentralisierte Verwaltung, die für Bürgerinnen und Bürger da ist und nicht umgekehrt. Schließlich geht es auch darum, Aufgaben von der Regierungsebene in die kommunale Ebene hinunter zu brechen und so unter den verschiedenen Landesämtern gründlich zu jäten. Vernünftig ist auch, dass wir das verkrustete Landesrecht – insbesondere den Wusel von Verwaltungsvorschriften – bereinigen wollen.

Machen wir uns nichts vor: Allein das wird schwer genug. Denn wir werden dabei sehr schnell an die Hürden des Bundes- und des EU-Rechts stoßen. Aber diese Rechtsbereinigung wollten wir – und sie muss jetzt kommen.

Auch hier sehe ich die Partei, unsere Kommunalpolitiker, unsere Landräte und Bürgermeister in der Pflicht ihre Vorschläge zu unterbreiten, in der Sache nachvollziehbar und in der Sprache für jedermann verständlich.

Wenn ich vorhin die Verwaltungs- und Funktionalreform als einen der größten Brocken bezeichnet habe, so ist dies durchaus nicht der einzige.

Und so will ich mich auch vor dem Thema Finanzen nicht drücken.

Gegenwärtig hört und liest man jeden Tag neue Berliner Botschaften.

Mal soll die Tabaksteuer erhöht werden – wogegen ich persönlich nicht bin. Dann wiederum soll Geld durch die Besteuerung von Lebensversicherungen die geschlauchten Kassen füllen. Das Arbeitsgeld soll gesenkt, Steuern auf Erdgas gehoben werden. Eine Zeitung fasste das ganze Hin und Her für meine Begriffe recht treffend zusammen: „Die Tinte unter dem Koalitionsvertrag war noch nicht trocken, da flogen den rot-grünen Koalitionären ihre Textbausteine schon wieder um die Ohren. Täglich wird eine weitere Verschuldungs-, Bemessungs- und Ausgabengrenze überschritten... Gut die Hälfte von Schröders neuem Kabinett hat sich in der qualvollen Woche seit seiner Vereidigung bereits mindestens einmal selbst dementiert...“

Jeden Tag wird eine neue und andere finanzpolitische Sau durchs Dorf getrieben.

Der blaue Brief aus Brüssel soll kommen, heißt es. Was im Frühjahr noch als ganz schlimm empfunden wurde. Neuste Nachrichten sagen aber, dass die Bundesregierung es billigend in Kauf nimmt. Weil, dann kann sie noch mal versuchen rauszupressen, was rauszupressen ist.

So aber geht das nicht.

Ich halte es für **richtig**, dass wir uns mit den Sozialdemokraten einigen konnten, Initiativen zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer, der Erbschafts- und Schenkungssteuer zu unterstützen.

Mecklenburg-Vorpommern muss große Steuermindereinnahmen verkraften.

Hinzu kommt wie gesagt, dass ja noch gar nicht raus ist, was aus Richtung Berlin auf uns zukommt.

Deshalb halte ich es auch für gut, dass es uns gelungen ist, die Obergrenzen für die jährliche Neuverschuldung nicht festzulegen, und somit Handlungsspielräume zu ermöglichen.

Sicher, am Geld hängt am Ende – fast – alles.

Und so werden wir einen langen Atem brauchen, damit die von uns in den Koalitionsvertrag eingebrachten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen nicht nur auf dem Papier stehen bleiben.

Eins ist doch klar: Natürlich wird es ein Gezerre geben. Um jeden Euro. Wir stehen bereits rein finanzpolitisch vor der schwierigen Aufgabe, unsere Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit unter schwierigsten Bedingungen umzusetzen. Da zählen schlüssige Vorschläge. Da zählt vor allem die Unterstützung aus dem vorparlamentarischen Raum.

Die Kommunen sind von den Steuereinbrüchen nicht so stark getroffen wie das Land.

Trotzdem haben wir darüber gestritten, ob und in wieweit sie von Einsparungen verschont bleiben können.

Einig sind sich PDS und SPD, dass den Kommunen die Mindestsumme von 1,23 Milliarden Euro weiter garantiert wird.

Damit haben die Kommunen Planungssicherheit. Völlig können Auswirkungen der Steuerausfälle auch auf die Kommunen aber nicht ausgeschlossen werden.

Noch ein Wort zum Bundesrat. Wir bleiben bei unserer bisherigen Regelung, dass sich das Land im Bundesrat der Stimme enthält, wenn sich beide Partner in Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung nicht einigen können. Dies ist für die PDS wichtig.

Landespolitisch und bundespolitisch. Ich denke, dass weiß inzwischen auch der SPD-Landesvorsitzende.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Ich habe euch Schwerpunkte der Koalitionsverhandlung erläutert. Verhandlungsergebnisse, die PDS-Handschrift tragen: für wirtschaftliche Kompetenz und soziale Gerechtigkeit, für Chancengleichheit und nachhaltige Entwicklung.

Zunächst sind es aber nur **Verhandlungsergebnisse**.

Den Gebrauchswert der PDS machen diese Ergebnisse erst aus, wenn sie Tatsachen sind, erlebbar für Bürgerinnen und Bürger in Mecklenburg-Vorpommern.

Um diese Ergebnisse haben wir hart gerungen.

Aber natürlich gehört zu den Ergebnissen der Koalitionsverhandlungen auch, dass Forderungen der PDS nicht von der SPD erfüllt wurden.

Selbstverständlich hätten Reformen im Bildungsbereich nach unserer Auffassung viel umfassender angegangen werden müssen.

Wir haben uns mit der SPD auch nicht darauf verständigen können, dass der Hochschulbaukorridor jährlich von 90 Millionen Euro festgeschrieben wird.

Eine Eigeninitiative des Landes zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer wäre uns ebenfalls lieber gewesen, als sich Initiativen anderer Bundesländer anzuschließen.

Wir hätten es gern gesehen, wenn die Kommunen mehr Geld bekommen könnten.

Jugend- und Schulsozialarbeit, Jugend, Arbeit, Zukunft, Jugend baut – wir hätten gern gesehen, diese arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen auszuweiten.

Einem Migrationsbüro hat die SPD genauso wenig zugestimmt wie einer Bundesratsinitiative zur Rehabilitation von Opfern politischer Gewalt oder einem Gesetz über Akteneinsicht für Bürger und einem Gleichstellungsgesetz für behinderte und chronisch kranke Menschen.

Ein Koalitionsvertrag ist aber nun einmal ein Kompromiss und die Sozialdemokraten sind für uns die einzig möglichen strategischen Koalitionspartner.

Ein Koalitionsvertrag ist kein Wahlprogramm und kein Parteiprogramm.

Das darf uns aber nicht davon abhalten, weiterhin unsere Forderungen wie z.B. nach einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor auf Bundesebene, nach einer Reform der Steuerpolitik, die **nicht** zuerst die Kleinen belastet, **laut** zu sagen und dafür um Mehrheiten zu werben.

Liebe Genossinnen und Genossen,

natürlich ist der Koalitionsvertrag zunächst ein Stück Papier. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Wir alle wissen aus den letzten vier Jahren: Der Koalitionsvertrag war eine wichtige Vorarbeit.

Ein Koalitionsvertrag ist immerhin so etwas wie ein Notenblatt, auf dem die Melodie für das Orchester geschrieben ist. Jeder soll wissen, was in der Koalition gespielt wird. Er ist gewissermaßen der rote Faden für die nächsten vier Jahre, das Arbeitspapier wie kürzlich ein Journalist geschrieben hat.

Aber wir wissen auch:

Wir können uns jetzt nicht zurücklegen und der Exekutive alles andere überlassen.

Das ganze Gegenteil ist der Fall:

Wir müssen – und ich bin überzeugt – wir wollen - kämpfen, um die Erfüllung **jeder** Vereinbarung, die wir miteinander getroffen haben.

Dies kann aber Fraktion und Regierungsmitgliedern nicht allein überlassen werden.

Und deshalb möchte ich noch ein paar Worte sagen zu den Aufgaben, die die Partei in den nächsten Jahren zu leisten hat.

**1. Seit dem 22. September ist klar: Bundespolitisch ist die PDS eine außerparlamentarische Partei.** Das kann für die PDS in Mecklenburg-Vorpommern nichts anderes bedeuten als dass auch wir uns außerparlamentarisch deutlicher, kraftvoller bemerkbar machen.

Mehrheiten und Meinungsführerschaft gewinnt man nicht vor dem Fernseher auf der Couch. Da kann man bestenfalls beobachten, wessen Meinung sich durchsetzt.

Wie oft haben wir auf Parteitagen geklagt, dass wir zu wenig in Vereinen und Verbänden und in Gewerkschaften vertreten sind, dass der Kontakt zu ihnen ungenügend ist.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich sage es noch einmal: Ohne den Druck des DGB wäre es im ganzen Leben nicht gelungen, das Landestariftreuegesetz in den Vertrag hinein zu bekommen. Und wir werden diesen Druck weiterhin brauchen, bis das Gesetz auf dem Tisch liegt.

In den Arbeitsplan des Landesvorstandes muss wieder mehr Politik vor Ort rein. Denn eines wissen wir doch auch seit dem 22. September: Eine Partei für den Alltag sein zu wollen –

das haben uns inzwischen viele Bürgerinnen und Bürger nicht mehr abgenommen. Hier müssen wir manches wieder gut machen.

Wir können es doch, liebe Genossinnen und Genossen!

Konferenzen sind gut, auf der Straße, bei den Leuten zu sein, ist mindestens genauso gut. In diesem Zusammenhang will ich ein paar Worte zur letzten Gegendemonstration in Neubrandenburg sagen. Aufgabe der gesamten Gesellschaft ist es, Demokratie, Toleranz und Fremdenfreundlichkeit zu festigen- so nachzulesen in der Präambel des Koalitionsvertrages. Nutzt es also der Sache, wenn Nazis ohne Widerstand eine Rathaustrampe besetzen können, nutzt es der Sache, wenn dagegen zum wiederholten male eine friedliche Sitzblockade von der Straße geräumt wird. Nutzt es der Sache wenn am nächsten Tag nur von grölenden und biertrinkenden Jugendlichen zu lesen ist und Bürger der Stadt Neubrandenburg per Leserbrief wissen lassen, dass sie an solchen Tagen lieber die Stadt verlassen. Es nutzt nicht. Wir brauchen endlich eine offene Debatte über Widerstand , der Gewalt als Mittel zur Problemlösung ausschließt. Wir brauchen endlich praktische Anerkennung von zivilen Ungehorsam und wir brauchen endlich die Ausschöpfung aller rechtsstaatlichen Mittel umzu verhindern, dass Alt- und Jungnazis durch unsere Städte ziehen können. Wir uns uns nicht nur dieser Diskussion stellen, wir müssen sie initiieren!

**2. Mitgliedergewinnung.** Wir haben doch im Wahlkampf jede Menge junger Leute, Unternehmer und Künstler kennen gelernt. Reden wir mit ihnen, überzeugen wir sie, dass die PDS kein Auslaufmodell ist.

Laden wir sie ein, bei uns mitzumachen. Einige habe diese Einladung schon angenommen. Geben wir ihnen Verantwortung. Und wenn sie dann noch Beitrag zahlen, ist das so schlecht ja auch nicht.

**3. Nach der Wahl ist vor der Wahl.** Und die nächsten Wahlen haben wir 2004. Europa- und Kommunalwahl. Wir müssen sie gründlich vorbereiten, schon jetzt nach geeigneten Kandidatinnen und Kandidaten suchen, über verständliche Botschaften nachdenken. Dazu werden wir am 16. November mit dem kommunalpolitischen Forum eine kommunalpolitische Konferenz durchführen. Am 29. November treffen wir uns zu unserer ersten Wahlwerkstatt zur Vorbereitung der Europa- und Kommunalwahlen.

**4. Programmdiskussion.** Lasst uns weiter streiten um das neue Programm der PDS. Wir brauchen es. Damit wir den Leuten hier in Mecklenburg-Vorpommern klar sagen können. Da und dafür ist die PDS zu haben. Und da und dafür nicht.

**5. Wir müssen das Verhältnis von Partei, Fraktion und Regierungsmitgliedern neu bestimmen.** Die Partei darf nicht als Anhängsel der Fraktion erscheinen und die Minister dürfen andererseits kein Eigenleben – ich meine ein Eigenleben außerhalb bzw. oberhalb von Partei und Fraktion - führen.

Die gesamte Landespartei bestimmt in entscheidendem Maße mit, wie wir PDS-Politik umsetzen können.

Dazu gehört inhaltliche Arbeit. Dazu gehört Bewertung der Arbeit der Landtagsfraktion und der Regierungsmitglieder.

Dazu gehört eine engere Abstimmung. Dazu gehört

**6. eine bessere Kommunikation.** Wir brauchen einen engeren Kontakt zum Bundesvorstand und zu den anderen Landesverbänden. Konzertierte Aktionen sind ganz wichtig, wenn man Wirkung hinterlassen will.

Beschlüsse oder Entscheidungen, die Minister, Vorstand und Fraktion fassen waren in der Vergangenheit für Mitglieder oft nicht nachvollziehbar. Das hat zum einen an der Sprache gelegen, in der sie abgefasst waren. Zum anderen auch an den komplizierten Prozessen, die sich vor Entscheidungen abgespielt haben. Wir haben uns gute Mittel in die Hand gegeben. Sie müssen halt nur benutzt werden. Offenes Blatt, Fraktionsreport, Internetseiten. Ich bin dafür, dass wir uns jährlich vor der parlamentarischen Sommerpause auf einem Basistreffen über die Ergebnisse unseres politischen Handelns austauschen und neue Aufgaben festlegen. Ich will aber auch gleich davor warnen, dass man alles sofort und ohne jegliche Verzögerung erklären kann. Auch deshalb brauchen wir

**7. Vertrauen.** Ja, das halte ich für ganz wichtig. Wir müssen wieder mehr Vertrauen untereinander und zu uns selber haben, Selbstvertrauen. Denn nur ein Mensch, der

Selbstvertrauen hat, kann das Vertrauen anderer erwerben. Das gilt auch für die Partei des Demokratischen Sozialismus. Grabenkämpfe, Unterstellungen und Misstrauen sind doch nur hinderlich. Solidarisch – das darf für die PDS nicht nur nach außen gelten. Bei allem, was wir vorhaben in den nächsten Jahren – und die Aufgaben sind seit dem 22. September nun wirklich nicht einfacher geworden – brauchen wir

### **8. Mut und Entschlossenheit.**

Liebe Genossinnen und Genossen,

Wir werden nicht zulassen, dass die PDS bundespolitisch in die Bedeutungslosigkeit fällt.

Wir werden auch nicht zulassen, dass sie sich selbst opfert.

Wir werden hier in Mecklenburg-Vorpommern ordentlich mitmischen.

Und nicht nur hier.

Der Koalitionsvertrag kann dafür eine gute Grundlage sein.

Und deswegen werbe ich auch um eure Zustimmung für diesen Vertrag.

Lasst uns kämpfen, Genossinnen und Genossen!

Lasst uns gemeinsam beweisen, dass die PDS einen Gebrauchswert hat, dass sie eine Partei für den Alltag ist.

Ich danke euch!